

Niederschrift

zur Sitzung des Ausschusses für Soziales und Gesundheit am Dienstag, den 16.10.2018, um
17:00 Uhr Seniorenheime des Landkreises Oder-Spree gGmbH
Eugen-Richter-Straße 1, 15848 Beeskow
Versammlungsraum Anbau

Sitzungsbeginn: 17:00 Uhr Sitzungsende: 20:00 Uhr

Es waren anwesend: siehe Anlage 1

Folgende Tagesordnung wird bestätigt und danach verfahren

I. Öffentlicher Teil:

1. Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit
2. Bestätigung der Tagesordnung
3. Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 21.08.2018
4. Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Erhebung von Nutzungsentgelten für die Benutzung von Übergangseinrichtungen zur vorläufigen Unterbringung von Flüchtlingen und weiteren aus dem Ausland zugewanderten Personen innerhalb des Landkreises Oder-Spree
Vorlage: 059/2018
5. Entschließung des Kreistages des Landkreises Oder-Spree: "Gleicher Lohn und gleiche Sozialleistungen für alle, die in Deutschland arbeiten!"
Vorlage: 11/DIE LINKE/2018/1
6. Auswertung der Einschulungsuntersuchungen im Land Brandenburg, verantw.: Frau Kobela, Kinder- und Jugendärztlicher Dienst im Gesundheitsamt
7. Vorstellung bisher praktizierter Förderungsmaßnahmen von Medizinstudenten anderer Kreise sowie Vorstellung der finanziellen Rahmenbedingungen für Medizinstudenten der Med. Hochschule in Brandenburg, verantw.: Frau Dr. Baumann, Leiterin Gesundheitsamt
8. Bericht aus den Frauenhäusern des Landkreises Oder-Spree Eisenhüttenstadt und Fürstenwalde, verantw.: Frau Bursch (Frauen für Frauen e. V. Eisenhüttenstadt) und Frau Scharmentke (Frauen helfen Frauen e. V. Fürstenwalde)
9. Vorstellung der Projekte für das Haushaltsjahr 2019 gemäß Richtlinie zur Förderung der Frauen- und Gleichstellungsarbeit im Landkreis Oder-Spree, verantw.: Frau Haase und Frau Schokat (Mitarbeiterinnen aus dem Büro der Beauftragten)
10. Bericht der Seniorenheime des Landkreises Oder-Spree gGmbH, verantw.: Frau Freund, Geschäftsführerin der Seniorenheime des Landkreises Oder-Spree gGmbH

I. Öffentlicher Teil:

Zu TOP 1 Feststellung der ordnungsgemäßen Einladung und Beschlussfähigkeit

Der Vorsitzende, Herr Papendieck, begrüßt alle Anwesenden und stellt die ordnungsgemäße Einladung und Beschlussfähigkeit fest.

zugestimmt

Zu TOP 2 Bestätigung der Tagesordnung

Es werden keine Einwände oder Zusätze vorgebracht. Die Tagesordnung gilt somit als bestätigt.

zugestimmt

Zu TOP 3 Bestätigung des Protokolls der Sitzung vom 21.08.2018

Frau Freninez beantragt, dass zum TOP 5 der Schachtelsatz (erster Satz Seite 3) in 2 Sätze aufgegliedert wird, damit der Inhalt eindeutiger wird. Weitere Änderungsvorschläge oder –wünsche werden nicht geäußert. Über die Änderung wird in der nächsten Sitzung abgestimmt.

zugestimmt

Zu TOP 4 Satzung des Landkreises Oder-Spree über die Erhebung von Nutzungsentgelten für die Benutzung von Übergangseinrichtungen zur vorläufigen Unterbringung von Flüchtlingen und weiteren aus dem Ausland zugewanderten Personen innerhalb des Landkreises Oder-Spree Vorlage: 059/2018

Frau Kaiser, Leiterin des Amtes für Ausländerangelegenheiten und Integration, erläutert Beschlussvorlage sowie Satzungsentwurf und schlägt vor, dass im § 5 Abs.3 der Satzung die konkreten Tagessätze je Unterbringungsform benannt werden sollten. Diesen Änderungsvorschlag stellt Herr Papendieck zur Abstimmung.

einstimmig zugestimmt

Zu TOP 5 Entschließung des Kreistages des Landkreises Oder-Spree: "Gleicher Lohn und gleiche Sozialleistungen für alle, die in Deutschland arbeiten!" Vorlage: 11/DIE LINKE/2018/1

Herr Voß erläutert den Antrag der Fraktion DIE LINKE.

Frau Wagner gibt zu bedenken, dass die ausländischen Arbeitnehmer nicht nur zum deutschen Wohlstand, sondern auch zum Wohlstand des eigenen Landes beitragen würden und die Trennung der Familie freiwillig erfolge. Darüber hinaus bekämen entsendete ausländische Arbeitnehmer überhaupt kein Kindergeld und müssten doch ähnliche Probleme (Trennung der Familie, Entfernung von der Heimat etc.) bewältigen. Herr Schröder regt an, Transferleistungen wie das Kindergeld nicht mit dem Rentensystem zu vergleichen. Frau Heinrich spricht sich dafür aus, dass diejenigen, welche über Arbeitnehmeranteile in das System einzahlen, auch Anspruch auf Transferleistungen haben sollten.

Frau Zarling erinnert daran, dass Missbrauchsfälle Anlass für die Überlegungen waren, dass ausländische Arbeitnehmer, deren Kinder im Ausland leben, kein Kindergeld erhalten sollten. Diese Missbrauchsfälle beliefen sich auf das Verfälschen von Kindschaftsverhältnissen und sogar das Vortäuschen von Kindesexistenzen.

Herr Papendieck erklärt, dass er über den Antrag, so wie er momentan vorliegt, nicht abstimmen möchte.

Frau Dr. Böger erinnert daran, dass eine Reformation vom Kindergeld als Transferleistung hin zu flächendeckenden Sachleistungen wie kostenfreien Kitaplätzen etc. für alle in Deutschland lebenden Kinder diese Diskussion erübrigen würde.

Herr Voß erklärt, dass er am aktuellen Antrag festhalten möchte, woraufhin der Vorsitzende den Antrag zur Abstimmung stellt.

Mehrheitlich zugestimmt

Ja 2 Nein 1 Enthaltung 2

Zu TOP 6 Auswertung der Einschulungsuntersuchungen im Land Brandenburg, verantw.: Frau Kobela, Kinder- und Jugendärztlicher Dienst im Gesundheitsamt

Frau Kobela, Leiterin des Sachgebietes Kinder- und Jugendärztlicher Dienst im Gesundheitsamt, berichtet anhand einer Powerpoint-Präsentation über die Einschulungsuntersuchungen im Jahr 2017 (siehe Anlage 2 - TOP6).

Frau Freninez erfragt, welche weiteren Gründe neben dem Wunsch der Eltern zu einer Rückstellung führen. Hierzu erklärt Frau Kobela, dass Rückstellungsempfehlungen erst aufgrund von Störungen in mehreren Bereichen (zum Beispiel im Bereich der Sprache und in der Feinmotorik/Grobmotorik oder bei Sprachauffälligkeiten und zusätzlichen Auffälligkeiten in der visuellen Wahrnehmung oder psychosozial/emotionaler Entwicklungsverzögerung) und nur mit Empfehlung zu einer Diagnostik in einem Sozialpädiatrischen Zentrums (SPZ) sowie der entsprechenden Empfehlung zu Fördermaßnahmen (Frühförderung, Logopädie, Ergotherapie o.a.) ausgesprochen werden würden.

Frau Heinrich fragt nach, ob es eine Statistik zur Zahl der Rückstellungen von Kindern gibt, welche das 6. Lebensjahr zum Schulstart noch nicht vollendet haben. Hierzu erklärt Frau Kobela, dass dazu leider keine vollständige Aussage getroffen werden könne, da die Rückmeldungen der Schulen zu Zurückstellungen mitunter nicht vollständig sind oder ausbleiben. Darauf werde sie hinweisen, um ggf. zukünftig eine solche Statistik vornehmen zu können. Weiterhin möchte Frau Heinrich wissen, ob statistisch erfasst werde, wie viele der Kinder, welche zum Schulstart noch nicht 6 Jahre alt sind, das 1. Schuljahr wiederholen müssten. Frau Kobela bedankt sich für den Tipp und sichert zu, dass sie diese Daten (wenn möglich) versuchen wird, von den Schulen zu erfahren, um sie mit zu erfassen.

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 7 Vorstellung bisher praktizierter Fördermaßnahmen von Medizinstudenten anderer Kreise sowie Vorstellung der finanziellen Rahmenbedingungen für Medizinstudenten der Med. Hochschule in Brandenburg, verantw.: Frau Dr. Baumann, Leiterin Gesundheitsamt

Frau Dr. Baumann, Leiterin Gesundheitsamt, berichtet über die Herausforderungen im Zusammenhang mit der Sicherung der wohnortnahen medizinischen Versorgung und stellt bisher durch andere Landkreise praktizierte Fördermaßnahmen von Medizinstudenten sowie die finanziellen Rahmenbedingungen für Studenten der Medizinischen Hochschule im Land Brandenburg anhand einer PowerPoint-Präsentation vor (siehe Anlage 2 – TOP7).

Frau Freninez erklärt hierzu, dass ihrer Meinung nach die Kassenärztliche Vereinigung diesbezüglich viel aktiver werden müsste, da diese ja eigentlich dafür da wäre. Sie erwarte auch ein entsprechendes Signal vom Kreistag an die Kassenärztliche Vereinigung. Des Weiteren spricht sie sich dafür aus, dass der Kreistag geschlossen und entschlossen für den Erhalt der Krankenhäuser eintreten solle. Bezüglich der Förderdauer meint sie, dass Förderperioden attraktiver würden, je länger sie dauerten.

Herr Schröder erfragt, warum keine Fördermaßnahmen durch das Krankenhaus in Beeskow angeboten würden. Hierzu erklärt Frau Dr. Baumann, dass das Krankenhaus in Beeskow zu klein sei, um Fördermaßnahmen zu stemmen, und die in der Präsentation aufgeführten Krankenhäuser im Verbund agieren würden. Hierauf meint er, dass dann erörtert werden sollte, ob das Krankenhaus Beeskow nicht in den Lehrverbund mit einsteigen sollte. Weiterhin möchte er wissen, wie es mit Doppelförderungen aussähe. Frau Dr. Baumann beantwortet dies damit,

dass sie keine Kenntnis über bisher erfolgte Doppelförderungen habe. Herr Schröder regt an, diese Fragen mit den in Frage kommenden Krankenhäusern zu erörtern.

Frau Wagner sieht die Ursachen des Notstandes in der Abwanderung ins Ausland aufgrund besseren Einkommens und der geringen Attraktivität des Landkreises Oder-Spree sowie in der Beschränkung des Medizinstudiums durch den Numerus Clausus und der Länge der Studienzzeit.

Frau Heinrich gibt zu bedenken, dass der Lebensraum im Landkreis attraktiver gestaltet (Kitas, Schulen, Wohnung) und die Förderung an die Bedarfe angepasst werden sollte. Also je höher der Bedarf sei, desto stärker gefördert werden sollte. Des Weiteren spricht auch sie sich dafür aus, dass die Kassenärztliche Vereinigung viel mehr ins Boot geholt werden müsse.

Herr Papendieck meint, dass eine genaue Definition erfolgen müsse, wo welcher Arzt fehlt.

Frau Weinert denkt, je länger die Anschlussbindung wäre, desto mehr könnten sich die Empfänger geknebelt fühlen.

Herr Papendieck beauftragt die Verwaltung im Namen der Ausschussmitglieder mit der Erarbeitung einer Kreisrichtlinie zur Förderung von Medizinstudenten im Landkreis Oder-Spree.

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 8 Bericht aus den Frauenhäusern des Landkreises Oder-Spree Eisenhüttenstadt und Fürstenwalde, verantw.: Frau Bursch (Frauen für Frauen e. V. Eisenhüttenstadt) und Frau Scharmentke (Frauen helfen Frauen e. V. Fürstenwalde)

Frau Scharmentke und Frau Meißner (Frauen helfen Frauen e. V. Fürstenwalde) sowie Frau Bursch und Frau Schwarzenbeck (Frauen für Frauen e. V. Eisenhüttenstadt) stellen die Frauenhäuser in Fürstenwalde und Eisenhüttenstadt anhand einer PowerPoint-Präsentation vor und geben einen Rückblick auf das bisherige Jahr 2018. Hierbei sprechen sie auch die fehlenden Gastplätze in Kitas und Schulen im Raum Fürstenwalde und die Problematik der fehlenden Barrierefreiheit insbesondere in Bezug auf Sprache und Analphabetismus an.

Frau Zarling erklärt, dass die Anträge bereits eingereicht waren und die Summen somit schon bewilligt und im Haushalt 2019 eingestellt seien.

Frau Heinrich erfragt, ob und inwieweit das Jugendamt eingebunden ist. Hierzu erläutert Frau Scharmentke, dass Häusliche Gewalt vom Jugendamt nicht zwingend als Indikator für Kindeswohlgefährdung angesehen werde. Allerdings würde das Jugendamt an den runden Tischen des Netzwerkes „Häusliche Gewalt“ teilnehmen. Weiterhin möchte Frau Heinrich wissen, wofür die Tagessätze aufgewandt werden. Hierzu erklärt Frau Schwarzenbeck, dass die Einnahmen aus den Tagessätzen überwiegend für Sachkosten wie Miete, Strom, Instandhaltung etc. verwandt würden. Frau Heinrich erfragt weiterhin, ob diejenigen Landkreise, aus denen manche der Frauen ja kämen, auch an den Kosten beteiligt werden. Hierzu verweist Herr Papendieck auf die Ausgleichsfunktion des Kreises. Als kritisch sieht er aber die fehlenden Gastplätze in Kitas und Schulen an und meint, dass dieses Problem angegangen werden müsse.

Frau Weinert erfragt, wie hoch die durchschnittliche Verweildauer und die Häufigkeit der Wiederkehr sei. Hierauf erläutern die Referentinnen, dass die durchschnittliche Verweildauer bei 3 Monaten und die durchschnittliche Wiederkehrrate bei 2 Frauen im Jahr liegen würden.

zur Kenntnis genommen

Zu TOP 9 Vorstellung der Projekte für das Haushaltsjahr 2019 gemäß Richtlinie zur Förderung der Frauen- und Gleichstellungsarbeit im Landkreis Oder-Spree, verantw.: Frau Haase und Frau Schokat (Mitarbeiterinnen aus dem Büro der Beauftragten)

Frau Grunewald, Mitarbeiterin im Büro Landrat, stellt die Projekte stellvertretend für Frau Schokat und Frau Haase vor. Anschließend findet die Abstimmung statt.

Mehrheitlich zugestimmt

Ja 3 Nein 2 Enthaltung 0

**Zu TOP 10 Bericht der Seniorenheime des Landkreises Oder-Spree gGmbH, ver-
antw.: Frau Freund, Geschäftsführerin der Seniorenheime des Land-
kreises Oder-Spree gGmbH**

Frau Freund, Geschäftsführerin der Seniorenheime des Landkreises Oder-Spree gGmbH, berichtet rückblickend zum Jahresabschluss 2017 und gibt eine Prognose für 2018 (siehe Anlage 3 und 4). Sie erklärt in diesem Zusammenhang, dass das Pflegestärkungsgesetz für Bewohner und Pflegekräfte vorwiegend Verbesserungen gebracht hätte und Ängste bzgl. schlechterer Einstufungen nicht bestätigt worden seien.

Frau Weinert erfragt, ob die Wohngemeinschaften nur für Demente vorgehalten werden. Frau Freund erklärt hierzu, dass die Wohngemeinschaften nicht ausschließlich für Demente, sondern für alle ab 60 gedacht seien. Anschließend lädt sie die Anwesenden zum Rundgang durch den Anbau ein.

Herr Papendieck bedankt sich und verabschiedet die Anwesenden.

zur Kenntnis genommen

Nach der Sitzung findet ab ca. 19:50 Uhr eine Ortsbegehung statt.

Mathias Papendieck

Vorsitzender des
Ausschusses für Soziales und
Gesundheit

Magrit Budai Baerbel
Kernchen
Schriftführerin